



Aktuelle Debatte

—

Fraktion DIE LINKE

Damit nach den Wahlen nicht der Rotstift regiert: Soziale Sicherheit statt Abstiegsagenda in Sachsen-Anhalt und im Bund!

Es wird beantragt, zur 2. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 16./17. September 2021 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Sachsen-Anhalt fehlt eine schlüssige Politik zur schnellen und wirksamen Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Lockdowns und der fortgesetzten Bedrohung durch die vierte Infektionswelle der Corona-Pandemie. Der klimawandelbedingte Strukturwandel erfordert massive Investitionen. Niedriglohn und prekäre Arbeitsverhältnisse müssen abgeschafft werden, um Kinder- und Altersarmut zu überwinden. Mit der vorliegenden Koalitionsvereinbarung ducken sich CDU, SPD und FDP vor dem Gewicht dieser Verantwortung weg. Die Vereinbarung ist eine Ansammlung von Halbheiten und Widersprüchen. Ihre zahlreichen Versprechen wirken so wie Sand, der den Wählern vor dem 26. September in die Augen gestreut wird. Zahlreichen zusätzlichen Programmen und Vorhaben steht die Ankündigung gegenüber, 2022/2023 rd. 3 Mrd. Euro „einzusparen“. Neuen Mindereinnahmen von 1,4 Mrd. Euro steht ein Corona-Sondervermögen im Umfang von lediglich 1,5 Mrd. Euro entgegen.

Nicht nur deswegen halten wir eine Aussprache über die Konsequenzen dieser Politik für erforderlich. Mit den Bundestagswahlen rückt unweigerlich die Stunde der Wahrheit näher, in der den arbeitenden Menschen die Rechnung für die Krise präsentiert wird. Dazu gehört auch, dass die Kosten einer weiteren Regierungsbeteiligung der Union im Bund bzw. des Eintritts der FDP in die Bundesregierung unmissverständlich sind: Bei der FDP sind dies Mindereinnahmen von 87,6 Mrd. Euro, die zur Hälfte durch die Länder und Kommunen zu

schultern wären. Die CDU/CSU peilt Mindereinnahmen von 32,6 Mrd. Euro an, die ebenfalls zur Hälfte auf die Länder und Kommunen abgewälzt werden.

Diese Geschenke, die vor allem dem kapitalkräftigen Teil der Bevölkerung zugutekommen sollen, gefährden die Handlungsfähigkeit unseres Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystems ebenso wie eine wirksame Klimaschutzpolitik.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende